

# Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsanstalt  
Tagesblatt Rieser,  
Fremd Nr. 20,  
Postfach Nr. 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grodenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Meißner bezüglicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto  
Dresden 1582,  
Stroßasse  
Rieser Nr. 22

Nr. 204.

Montag, 2. September 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Wintereinstiegs von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Papiere und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundchriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Beste Leiste. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage angezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Befüllungsart: Rieser. Achtzellige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, des Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Gostelstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Rieser.

## „Graf Zeppelin“ auf der Heimfahrt.

**L a k e h u r s t, 1. Sept. „Graf Zeppelin“ ist Sonntag morgen 8,18 Uhr amerikanischer Sommerzeit (13,18 Uhr MEZ.) unter dem Kommando von Kapitän Lehmann zum Rückfluge nach Friedrichshafen gestartet.**

### Die Genfer Aufgabe.

Vom Haag reisen die Staatsmänner nach Genf. Die internationale Diskussion, die in Holland noch so viele Probleme zurückgelassen hat, wird in der 10. Völkerbundsversammlung in Genf fortgesetzt. Als die Einladungen für diese Versammlung ergingen, konnte man noch nicht wissen, welchen Ausmaß die Haager Konferenz nehmen würde. Vorwiegend wurden deshalb weniger bedeutende technische Fragen zuerst auf die Tagesordnung gesetzt. Man wird sich mit der Skizze-Konvention befassen, mit der Frage einer Kodifikation des Völkerrechts, mit den Satzungen des Internationalen Gerichtshofes. Dann sind organisatorische Fragen des Völkerbundes selbst zu beantworten. In der Kontrollkommission sieht bis heute noch kein deutsches Mitglied, und diese Lücke wird baldigst ausgefüllt werden müssen. Aus dem Rat scheiden drei unabhängige Mitglieder aus, darunter Polen, neben ihm Rumänien und Chile. Man entsinnt sich noch der letzten Kämpfe um Polens Mitgliedschaft. Sein Anspruch auf einen ständigen Sitz wurde nicht anerkannt, aber man erwähnte ihm wenigstens die Wiederwählbarkeit. Daran hofft es nun stark, im Rat bleiben zu können. Ob es sich wirklich in der Zwischenzeit hiesiger Sympathien erheben hat, daß dieser sein Wunsch in Erfüllung geht, bleibt abzuwarten.

Aber nicht alle diese Fragen zweiter Klasse werden der 10. Völkerbundsversammlung das Gepräge geben. Die Delegierten, die aus dem Haag kommen, bringen viel zu starke Eindrücke von dort mit, als daß sie sich mit dem normalen bürokratischen Verlauf einer regulären Völkerbundsversammlung zufrieden geben können. Auch die feierliche Grundsteinlegung für das künftige Tagungsgebäude des Völkerbundes im herrlichen Park Ariana am See wird trotz aller Bedeutung kein entscheidendes Ereignis sein. Man möchte es immerhin als Symbol für die Festigung des Völkerbundes auffassen. Vor 10 Jahren wurde noch darum gestritten, ob sich der Völkerbund tatsächlich behaupten werde; bis in die letzten Jahre hinein ging die Diskussion über eine etwaige Verlesung seines Zweckes. Nun ist man also doch schon durch die großen Gebäude an Genf gebunden, und die äußere Existenz eines solchen Weltparlamentes wird viel dazu beitragen, die Gedanken der Menschheit auch an seine tatsächliche Existenz und an seine innere Berechtigung zu gewöhnen.

Nach dem Haag ist aber die Welt vor allem erfüllt von dem Verlangen nach wirklicher Verständigung unter den Völkern. Der große Schritt vorwärts, der auf holländischem, neutralem Gebiet getan wurde, verlangt unausweichlich seine Fortsetzung auf dem neutralen schweizerischen Boden. Als die Staatsmänner von der Davos-Konferenz nach Genf kamen, begann die Debatte um das Genfer Protokoll. So wird jetzt die Debatte um die Generalakte von 1928 beginnen. Wenn die führenden Staatsmänner selbst nach Genf reisen, läßt sich das nur rechtfertigen, wenn dort auch wirklich die großen Prinzipienfragen zur Debatte gestellt werden. Und hier handelt es sich um die grundsätzliche Frage der internationalen Friedenssicherung. Das Genfer Protokoll war schließlich zum Mißerfolg verurteilt, weil es Sanktionen vorsah. Das war der Fehlerpunkt, an dem man deutlich den französischen Ursprung erkannte. Der nächste Konflikt hätte von da aus leicht zu einem neuen Weltkrieg führen können. So erklärt sich Englands Widerstand, das doch nicht so weit mit Frankreich gehen wollte, wenn keine politische Hörigkeit damals auch noch fast uneingeschränkt war. An die Stelle des Genfer Protokolls trat dann 1928 die sogenannte Generalakte. Im sogenannten Sicherheitsausschuß der vorbereitenden Abrüstungskommission sind Spezialverträge für die Friedenssicherung ausgearbeitet worden, die in einer Grundform der Friedenssicherung entwickelt werden könnten und sollten. Es wird hier ein Vergleichsverfahren vorgeschlagen, dann der Weltgerichtshof für zuständig erklärt und endlich noch für Streitigkeiten nicht-rechtlicher Natur ein besonderes Schiedsgericht von fünf Personen empfohlen. Einen Verstoß hat freilich auch die Generalakte noch. Er liegt in Kapitel 4 unter dem schönen Mantel hervor, das den unterzeichnenden Mächten leider die Möglichkeit gibt, gewisse Streitigkeiten von diesem friedlichen Verfahren auszunehmen. Deutschland ist immerhin schon soweit gegangen, als einziger Großstaat den Weg vor den Weltgerichtshof als obligatorisch anzuerkennen. Da auch der Kellogg-Vollvertrag den Angreifer brandmarkt, der sich einer schiedsgerichtlichen Erledigung seines Streitfalles entzieht, so besteht immerhin die Aussicht, daß im Laufe der Zeit auch dieser Verstoß noch aus der internationalen Friedenssicherung wegobert wird. Die Entwicklung der internationalen Friedenssicherung geht langsam, aber sie geht doch sichtbar vorwärts. Man denke nur einmal 30 Jahre zurück, wo zum ersten

## Ein Bombenattentat auf das Reichstagsgebäude.

11 Berlin. Im Keller des Reichstagsgebäudes explodiert gestern früh etwa um 4,20 Uhr eine Bombe. Es wurde geringer Schaden an den Fenstern angerichtet. Ein Brand brach nicht aus.

### Die Untersuchung über den Sprengstoffanschlag.

11 Berlin. (Richtamtlich.) Nach den zahlreichen Sprengstoffanschlägen, die während der letzten Wochen in den Provinzen Schleswig-Holstein und Hannover, sowie im Reichsland Oldenburg verübt worden sind, ist jetzt die Reichslautschicht Schulpforta eines Sprengstoffattentats geworden. Gestern früh kurz nach 4 Uhr erfolgte am Reichstag eine weithin hörbare Detonation. Der Tatort wurde sofort im weiten Umkreis durch Schutzpolizei abgesperrt. Bald nach der Explosion erschienen der Polizeipräsident Dr. Reiche, Regierungsdirektor Dr. Wündisch, Kriminaldirektor Werner mit den Kriminalkommissaren Dr. Braunschweig und Mühlriedel der Abteilung Ia zur Feststellung des Tatbestandes. Es wurde festgestellt, daß an der Nordseite des Reichstagsgebäudes nahe dem Portal V in dem Aufstich der Außenfront eine Sprengstoffladung zur Explosion gebracht worden war. Die Wirkung bestand in der Zerstörung mehrerer Fenster im Keller und Erdgeschoss und im ersten Stock. An einem Fenster war auch der Fensterrahmen abgerissen. Es wurden zahlreiche Reste der Sprengstoffladung, insbesondere Teile einer Wederuhr und von Taschenlampenbatterien gefunden, die teilweise bis auf die gegenüberliegenden Straßenseite geschleudert worden waren. In einem Straßengraben, der in Höhe des Sprengherdes auf dem Bürgersteig steht, wurde eine sogenannte Alchemarkte vorgefunden, die das Balkenkreuz und die Aufschrift „Großdeutschland erwache!“ trägt. Der von der Polizei sofort hinzugezogene Sachverständige Dr. Richter von der Chemisch-Technischen Reichsanstalt, der auch bei der Aufklärung der früheren Sprengstoffanschläge in Oldenburg und Lüneburg als Gutachter tätig gewesen ist, hat an Ort und Stelle eine vorläufige Untersuchung vorgenommen. Zwar hat er bisher noch nicht die Art des Sprengstoffes genau feststellen können, nach seiner gutachtlichen Befundung ist aber die Sprengstoffladung ähnlich die bei den Anschlüssen in Oldenburg und Lüneburg vorbereitet gewesen. Ein Zusammenhang des neuesten Berliner Anschlages mit den früheren Sprengstoffattentaten ist daher anzunehmen. Der Polizeipräsident hat eine Belohnung von 2000 Mark ausgesetzt. Von dem Betrage sind 1000 Mark als Belohnung für die Personen bestimmt, die zur Aufklärung des

Sprengstoffanschlages im Reichstag, insbesondere zur Festnahme der Täter beitragen. Den weiteren Betrag von 15000 Mark erhalten diejenigen Personen, durch deren Angaben der Nachweis eines Zusammenhanges des Berliner Anschlages mit den früheren Anschlüssen erbracht wird.

Berlin. (Funkspruch.) Das Sprengstoffattentat auf das Reichstagsgebäude, das überall größtes Aufsehen erregt hat, beschäftigt die Abteilung Ia (die politische Abteilung des Polizeipräsidenten) auf das lebhafteste. Unter Leitung des Dirigenten der Abteilung des Reg.-Direktors Wündisch werden die Nachforschungen nach den Tätern von den Kommissaren Mühlriedel und Braunschweig mit aller Energie betrieben. Der Anruf des Polizeipräsidenten an die Bevölkerung und die Ansehung einer Belohnung von 20000 Mark haben dazu geführt, daß sich zahlreiche Personen, die die Beobachtungen gemacht zu haben glauben, gemeldet haben. Allen diesen Angaben und Vermutungen wird von einem großen Beamtenstab der Abteilung Ia nachgegangen. Die Prüfung der beiden Göttemaschinen in Lüneburg und im Reichstag hat ergeben, daß die Konstruktion beider überraschend gleichartig ist. Die Reste der Maschinen — kleine Rädchen, Blechteile, Taschenlampenbatterien — sind fotografiert worden. Diese Aufnahmen sollen der Presse zur Verfügung gestellt und auch im Polizeipräsidenten ausgedruckt werden.

Nach dem Gang der Untersuchung wird angenommen, daß mehrere Personen bei dem Anschlag mitwirkten, daß eine von ihnen in der Nacht zum Sonntag zwischen 1 und 3 Uhr in den Reichstagsgebäude, um den Platz zur Tat zu erkunden, während auf der gegenüberliegenden Straßenseite die Helfer mit der Göttemaschine warteten. Heute wird im Reichstag noch einmal eine genaue Ortsbefugung vorgenommen werden, zu der auch Chemiker und Sprengstoffexperten hinzugezogen werden sollen. Im Laufe des gestrigen Tages wurden die in der Umgebung des Tatortes gefundenen Sprengstoffe der Göttemaschine in der Chemisch-technischen Reichsanstalt genau untersucht. Die Untersuchungsergebnisse werden bis auf weiteres geheim gehalten, immerhin ergibt sich aus ihnen, daß der Anschlag in Berlin ein Glied in der Kette der früheren Anschläge in Hannover und Schleswig-Holstein zu sein scheint. Aus dem Attentat soll jetzt die Lehre gezogen werden, daß die Bewachung des Reichstagsgebäudes verstärkt werden muß, ebenso des Polizeibereichs vor dem Gebäude. Auch das Landtagsgebäude soll härter geschützt werden als bisher, da mit der Möglichkeit gerechnet wird, daß dieselben Personen, die die Bombe vor den Reichstag legten, auch im Landtagsgebäude und an sonstigen Stellen beratliche Anschläge versuchen könnten.

### Tod der Schwester des Reichspräsidenten.

Potsdam. (Funkspruch.) Die Schwester des Reichspräsidenten, Fräulein Ida v. Bennendorff und Hindenburg, ist heute vormittag nach einer Operation im Auguste-Viktoria-Krankenhaus in Potsdam gestorben. Sie lebte als Stillschmame im Fräuleinstift in der Belvedere und stand vor der Vollendung des 78. Lebensjahres.

### Rückkehr des Reichspräsidenten

nach Berlin zur Beerdigung seiner Schwester.

München. (Funkspruch.) Reichspräsident von Hindenburg wird sich morgen nach Berlin zurückbegeben, um der Beerdigung seiner einzigen Schwester, die heute in Potsdam verstorben ist, beizuwohnen. Eine Reihe des Reichspräsidenten nach Friedrichshafen zur Rückkehr des „Graf Zeppelin“ wird unter diesen Umständen nicht in Betracht kommen.

### Die Typustulle in Weidenburg (Bayern).

Weidenburg. Ueber den Stand der Typustulle am 30. August wird von zuständiger Seite mitgeteilt, daß bei 67 Personen einwandfrei Typus festgestellt worden war, während bei 35 Personen Typusverdacht bestand. Bis zum 31. August ist eine Person an Typus gestorben. Bei zwei Personen erwies sich der Typusverdacht als unbegründet, sobald der Stand der Epidemie an diesem Tage sich auf 99 Typustulle beschränkte. Die übrigen 35 Typusverdächtige beliehen.

## Deutschland zahlt pünktlich.

### Bericht des Generalagenten für Reparationszahlungen.

11 Berlin, 1. September. Der Generalagent für Reparationszahlungen gibt bekannt, daß Deutschland während des fünften am 31. August 1929 abschließenden Jahres des Sachverständigenplans sämtliche Zahlungen vollständig und pünktlich geleistet hat und daß die Lieferungen an die Gläubigerstaaten und für die anderen Zwecke des Plans regelmäßig und laufend ohne Störung für die deutsche Währung vorgenommen worden sind.

Die tatsächlich von Deutschland innerhalb des Zeitraumes des fünften Annuitätsjahres empfangenen Reparationsbeträge beliefen sich auf ca. 2500 Millionen Goldmark, einschließlich zwei Zahlungen zur Vorkommen des vierten Annuitäts von ca. 70 Millionen, welche erst im September 1928 fällig wurden.

Die Gesamttransfers im fünften Annuitätsjahr betragen rund 1455 Millionen Goldmark, wovon die Gesamtzahlungen sich auf ungefähr 2500 Millionen Goldmark belaufen. Von dem Gesamttransfer wurden ca. 1410 Millionen, bzw. 57,98 v. H., in ausländischer Währung überwiesen, während ca. 1084 Millionen, bzw. 42,17 v. H., mittels Reichsmarkzahlungen von Deutschland abgeführt wurden.